

# Berliner Tageblatt



Nr. 109

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 5. März 1927

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Vor der Ratstagung.

### Das inoffizielle Programm der Hauptsache.

Die Begegnung der Außenminister.

(Telegramme unseres Korrespondenten)

2 Paris, 5. März.

Nach der Auffassung der Pariser Presse wird die Tagung des Völkerbundsrats keine großen Überraschungen bringen. Die Frage der Räumung des Rheinlandes sei noch nicht reif, so daß auch die offizielle Unterhaltung Briands mit Stresemann vorläufig die Entwicklung nicht beschleunigen könnte. Erst wenn im Juni die Entwaffnungsverpflichtungen vollkommen erfüllt worden seien, könne von diesem, für Deutschland wichtigen Problem gesprochen werden. Das ist die These des Quai d'Orsay, die natürlich durch die Ereignisse in Genf widerlegt werden kann. Vorläufig hält man in Paris es für notwendig, auf die ungelösten Forderungen des Grafen Brestov in dieser Frage mit einer fiktiven Verzögerung zu antworten. Es ist aber wieder ziemlich wichtig, daß Briand beim Empfang der deutschen Korrespondentenvereinigung mit sehr freundlichen Worten von seinem Kollegen Stresemann sprach und sagte, daß er schon von der Begegnung der Außenminister in Genf einen Fortschritt für die Annäherungspolitik erwarte.

Ueber die anderen Fragen, die auf dem Programm für Genf stehen, wird von mehreren Pariser Blättern eine Uebersicht gegeben, die nach einem einheitlichen Gesichtspunkt angeordnet und deshalb als offiziös zu betrachten ist. Briand und Chamberlain werden hauptsächlich über Rußland miteinander zu sprechen haben. Die beiden Minister werden vielleicht schon heute abend nach Eintreffen Chamberlains in Paris auf der Durchreise nach Genf eine Unterredung haben, in jedem Falle aber, wenn die heutige Begegnung nicht möglich sein sollte, am Sonntag in Genf zusammenkommen. Alle Fragen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, sollen dann erörtert werden, besonders aber die englisch-russische Spannung und die Situation in China. Der „Matin“ schreibt: „Chamberlain will seinem französischen Kollegen einen diplomatischen Aktionsplan Englands für die Politik gegenüber Rußland vorlegen, für den Fall, daß der Konflikt sich zuspitzen sollte.“ Diese Bemerkung kann auch eine Anregung sein, die zeigen soll, was Frankreich erwartet. Ueber China wird gesagt: „Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Minister von dem chinesischen Delegierten einige Aufklärungen über die Lage der Fremden erbitten werden. Der chinesische Delegierte in Genf ist jetzt bevollmächtigt, auch im Namen der Kantongregierung zu sprechen. Es wird gesagt, daß er zu beruhigenden Zusicherungen über die Behandlung der Fremdenkolonien bevollmächtigt ist.“

Ein zweiter wichtiger Gegenstand für die Genfer Tagung ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Die Franzosen glauben, daß Stresemann und Jaksick zu Verhandlungen geneigt sind. Man hofft, daß Stresemann nicht unbedingt darauf bestehen wird, die Frage der deutschen Niederlassungen in Polen müsse noch vor dem Wiederbeginn der Wirtschaftsverhandlungen geregelt werden. Wenn eine Entscheidung darüber erfolgt, daß diese Frage gleichzeitig mit den Wirtschaftsverhandlungen besprochen werden können, dann gebe es kein Hindernis mehr für die Aufnahme der unterbrochenen Verhandlungen. Die französischen Zeitungen hoffen auf den günstigen Einfluß der Genfer Atmosphäre, auch bei der Besprechung anderer zentralpolitischer Differenzpunkte, von denen Danzig und die

Schulfrage in Pommern-Oberschlesien genannt werden. Zum erkennen werden in Genf die beiden interessierten Mächte direkt miteinander verhandeln. Es sei zu wünschen, daß Stresemann und Jaksick einander entgegenkommen, und daß beiden die unritterlichen Fragen weniger von nationalen, als vom europäischen Standpunkt aus betrachtet. Welchen Wert Frankreich gerade der Regelung der pommerschen Angelegenheiten beizumessen, zeigt auch der neue Artikel Seydour im „Matin Parisien“. In zwei Spalten wird zu beweisen versucht, daß der „Weg von Berlin nach Paris über Warschau geht“, und daß Deutschland ein Interesse daran hat, seine Politik im Osten nach dem Muster der Weltpolitik anzubahnen. Seydour vertritt die Polen, daß Frankreich ihnen treu bleiben werde, und deutet an, daß die klugen Ratsschritte der französischen Regierung in Warschau bereits manchen guten Erfolg gehabt hätten. In Deutschland spricht Seydour: „Die Ereignisse haben gezeigt, daß kein Friede werden kann, wenn nicht die Friedenspolitik im Westen und Osten einander ergänzt. Welt und Ost sind solidarisch.“

Als das wichtigste Problem der Genfer Tagung wird die Regelung der Verhältnisse im Saargebiet betrachtet. Die französische Presse hofft auf die Annahme des Kompromißvorschlages, der einen „Polenpakt“ von 300 Soldaten schärfen will. Da gleichzeitig als Zweck des Polenkompromisses die Sicherung des Zuganges zur besetzten Zone von Mainz berechnet wird, läßt sich vermuten, daß der größte Teil dieser Schutztruppe aus Franzosen bestehen soll. Darüber wird wohl in Genf noch etwas eingehender zu verhandelt sein. Der „Matin“ glaubt, daß hinter den Kulissen der Ratstagung viel von der Abrüstung gesprochen werden soll. Da alle Mächte vertreten sind, deren Unterzeichnung unter dem Locarno-Vertrag stehen, können die offiziellen Besprechungen über dieses Problem sehr wichtig werden. Es wird darauf ankommen, darüber zu entscheiden, welchen Einfluß das Projekt des Präsidenten Coolidge auf die vorbereitende Konferenz haben muß, die am 21. März beginnen soll.

2 Danzig, 5. März.

Von der Danziger Delegation wird aus Genf gemeldet, daß getrennt die Verhandlungen mit dem Unterausschuß des Finanzkomitees fortgesetzt und so weit gefördert worden sind, daß aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des heutigen Tages ein formaler Vorschlag über den unritterlichen Artikel 4 des Zollabkommens mit Polen dem Unterausschuß vorgelegt wird.

### Hoesch bei Briand.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Paris, 5. März, 12 Uhr mittags.

Der deutsche Vizegouverneur v. Hoesch hatte heute mittags 12 Uhr eine Unterredung mit dem Außenminister Aristide Briand.

### Die Ankunft der Delegierten.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Genf, 5. März.

Die von Berlin kommenden Mitglieder der deutschen Delegation treffen im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends in Genf ein. Minister Stresemann und Staatssekretär v. Schubert kommen morgen früh um 8 Uhr an. Briand und Chamberlain treffen ebenfalls morgen früh ein. Der polnische Außenminister Jaksick kommt bereits heute abend an

wünschigen Vertragsabens erhalte, so sei man englischerseits hiermit einverstanden. Aus Hongkong wird dem gleichen Blatt eine Zunahme der Spannung zwischen den roten und roten Kommunisten gemeldet. Die roten seien unter Borodin in Canton, die Wei unter Tschiang tsaihschi in Nantchang.

### Die Vertagung der Freigabebill.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten)

2 Washington, 5. März.

Die Entscheidung über die Freigabebill ist nun endgültig bis zum nächsten Winter hinausgeschoben. So bedauerlich dieses Ergebnis jahrelanger Bemühungen ist, so darf auch nicht verkannt werden, daß mit der prinzipiellen Anerkennung der Verpflichtung zur Rückgabe des deutschen Eigentums seitens des Repräsentantenhauses und des unabhängigen Senatsausschusses ein wichtiger Fortschritt erzielt wurde. Auch die Zustimmung des Senatsplenums wäre zweifellos erfolgt, wenn nicht die Obstruktion die Erledigung jeglicher Gesetzesvorlagen seit Tagen verhindert hätte. So wie die Dinge nun stehen, darf mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß die Entscheidung der Bill im Beginn der Winter Session, also etwa gegen Ende dieses Jahres erfolgen wird.

### Der ungetreue Treuhänder.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten)

2 Washington, 5. März.

Der ehemalige Verwalter des „feindlichen Eigentums“ Miller wird im zweiten Daugherty-Prozess schuldig befunden, legte aber sofort Berufung ein. Die Anklage gegen Daugherty selbst wurde fallen gelassen, da die Geschworenen zu keinem Ergebnis gelangen konnten.

## Der Wechsel im Justizministerium.

Dr. Ernst Feder.

Der neue preussische Justizminister Dr. Schmidt hat heute nach Beendigung des in der Verfassung vorgeschriebenen Eides sein Amt im Justizministerium angetreten.

Am gestrigen Tage ist der preussische Justizminister Am Jahnhoff aus dem Amte geschieden, und der Ministerpräsident Braun hat an seiner Stelle den bisherigen Senatspräsidenten am Kammergericht Dr. Schmidt zum Chef der preussischen Justiz ernannt. Länger als irgendein anderer preussischer Minister, nämlich seit Ende März 1919, fast volle acht Jahre, hat Am Jahnhoff sein Amt bekleidet, eine Kontinuität, die an sich erheuchelt ist und im beneidenswerten Gegensatz zum Reich steht, wo gerade das Justizministerium besonders häufig den Inhaber wechselte und jetzt von den Deutschnationalen, den „Führern der „Führer“, mit einem ausgesprochenen Neidbegriffen wie Hergt besetzt worden ist. Gerade im Fall Jahnhoff allerdings war das lange Verbleiben des Ministers auf seinem Posten ein Fehler. Seit Jahren haben wir, leider vergebens, darauf hingewiesen, daß der geschwächte Gesundheitszustand des Ministers ihm die volle Erfüllung seiner Amtspflichten nicht mehr gestatte. So sehr aus menschlichen Gründen dem jetzt freundschaftlichen eine volle Wiederherstellung seiner Gesundheit zu wünschen war, so wenig war doch eine volle Gesundheit der Justiz, namentlich der politischen Strafsache, zu erwarten, bevor nicht an der obersten Stelle eine frische, ungebrochene Kraft malsste. In den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit ist Am Jahnhoff persönlich gar nicht mehr hervorgetreten, 1924 hat er zum letzten Male den Etat seines Ministeriums vertreten. Charakteristisch ist, daß er, im Gegensatz zu allen anderen Ministern, persönlich wohl niemals an einer Konferenz teilgenommen hat, und auch bei den wenigen, zum Teil sehr fruchtbareren Besprechungen mit der Presse in seinem Ministerium hat nicht der Minister, sondern der Staatssekretär der Raffetafel presidiert.

Jahres wäre es indes, beim Ausscheiden des Ministers Am Jahnhoff die großen und kleinen Verdienste zu vergegen, die er, namentlich in den ersten Jahren seines Ministeriums sich erworben hat. Der gemüthliche Rheinländer war zugleich ein tüchtiger Mensch. Am Jahnhoff, der aus dem Anwaltsstande kam, hat klug und systematisch die Gedanken moderner Humanität in die gerichtliche Praxis getragen. Er hat das Gnadengesetz vollkommen umgestaltet und hat vielfach durch persönliche Eingreifen Härten des formalen Rechts beseitigt. Ueber diesen Teil seiner Tätigkeit wird noch bei anderer Gelegenheit zu sprechen sein. Durch Erlasse über die bedingte Strafsaussetzung hat er in unzähligen Fällen Gutes gewirkt, und durch seine Mitarbeit an der Erziehung kurzzeitiger Freiheitsstrafen durch Geldstrafen ist er einem der ärgsten Uebel des heutigen Strafrechts erfolgreich entgegengetreten. Auf allen diesen Gebieten hat er vorbildlich gewirkt, und so vieles noch zu tun bleibt, jeder Nachfolger Am Jahnhoffs kann doch nur den von ihm eingeschlagenen Weg weitergehen.

Nicht zu verkennen ist freilich, daß es dem bisherigen Justizminister nicht gelungen ist, wichtigsten für Preußen die Vertrauenskrise der Justiz zu beseitigen. Gewiß, manches ist in den letzten Jahren besser geworden. Das völlige Verlagen der Strafsache auf manchen Gebieten, so beim Ehrenstrich hervorragender Republikaner oder beim Schutz der Reichslandwehr, wie wir es in den ersten Jahren der Republik erlebten, ist in Preußen weitgehend in den früheren Umfang nicht mehr zu konstatieren. Auch Verleumdung republikanischer Minister mußten schon ins Gefängnis wandern, und die Gefängnisstrafe, mit der die Verhinderung von Schwarz-Not-Geld jetzt hier und da geahndet wird, hätte früher angewandt. Den politischen Kampf von einer jeher unerschrockenen Ausartungen befreit. Manche Entschuldigungen der Richtervereine zeigen, daß die Notwendigkeit, auch die Justiz mit dem Geiste des Rechtsstaates zu durchdringen, nicht mehr verkannt wird. Die Taten fehlen vielfach noch. Gewiß sind der Einwirkung des Justizministers auf diesem Gebiet enge Grenzen gezogen. In die Tätigkeit des unabhängigen Richters selbst kann er nicht eingreifen. Die Dienstaufsicht, man denke an den Fall des Landgerichtsdirektors Westerkamp, der die Anwesenheit der Pressvertreter im Verhandlungssaal an unzulässige Bedingungen knüpfte, wurde nicht mit genügender Härte durchgeführt. Die Personalpolitik hat wichtige staatspolitische Forderungen unverrichtigt gelassen.

Jener Befehl des Landtags, der die Vertagung der maßgebenden politischen Stellen mit entscheidenden Vertretern der republikanischen Staatsform verlangte, blieb im Reich der Justiz unerfüllt. Nirgends sind die Stellen der Personalreferenten im Ministerium selbst so wenig wie bei den Oberlandesgerichten, mit „entschiedenen Vertretern der republikanischen Staatsform“ besetzt. Dem entsprechen die Erfolge der bisherigen Personalpolitik. Selbstverständlich soll die Ernennung zu den höchsten Richterämtern nicht an das Mitgliedsbuch der Partei geknüpft werden. Es schadet nichts, wenn auch ein hervorragender tüchtiger Deutschnationaler in eine hohe Richterstellung berufen wird. Die Kleinlichkeit des alten Regimes bleibe dem Volkstaat fern. Was aber schadet und unverträglich ist, bleibt die Tatsache, daß zu den höchsten Stellen der Justiz bisher so gut wie keine Republikaner befördert wurden, daß vielmehr der Verdacht entstehen konnte, es sei in der Republik nachlässig

## Die Offensive in Richtung Schanghai.

Bedrohung der Nanjing-Bahn.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

2 Schanghai, 5. März.

Die Szungliangfront, die neuerdings von den Schantungstruppen besetzt wurde, ist ruhig. Dagegen wird eine Offensive der Südruppen längs des Taihu in der Richtung auf Wutiang und Tschiau als bevorstehend bezeichnet. Auch wird gemeldet, daß die Unterbrechung der Schanghai-Nanking-Bahn unmittelbar zu erwarten sei. Schanghai ist ruhig. Die Gerüchte, daß ein weiterer Generalstreik zum Ausbruch kommen werde, haben bisher keine Bestätigung gefunden.

2 London, 5. März.

Alle aus China eingegangenen Berichte betonen die Verschärfung der Lage Tschangtschungschang, falls sich die Unterbrechung der Eisenbahnlinie Tientsin-Peking bestätigen sollte. Denn hierdurch kann hierdurch wäre Tschangtschungschang von seiner Operationsbasis abgeschnitten und lediglich auf den Wasserweg angewiesen. Daß die Abhängigkeit dieser Gefahr besteht ist, ergibt aus den Verlautbarungen, die er nach Tschiau geworden hat. „Central News“ zufolge hat nicht nur die Peking Regierung, sondern auch die Kantongregierung Widerspruch gegen die Besetzung chinesischer Gebiete außerhalb der internationalen Seebahnen durch englische Truppen erhoben. Der Schanghaier „Times“-Vertreter schildert die Unzufriedenheit der englischen Geschäftswelt in China über das Peking-Abkommen, das England weit weniger Rechte einräumte als anfänglich zu erwarten war. In Tientsin seien nach Bekanntgabe dieser Bedingungen die Grundstückspreise um 50 Prozent gefallen. Was dagegen die Einigung über Kiuhsing betreffe, so sei man schon länger der Ansicht gewesen, daß kleinere Konzessionen wie Kiuhsing und Amoy verweigert seien. Wenn deshalb Kiuhsing jetzt die Verfassung eines ge-